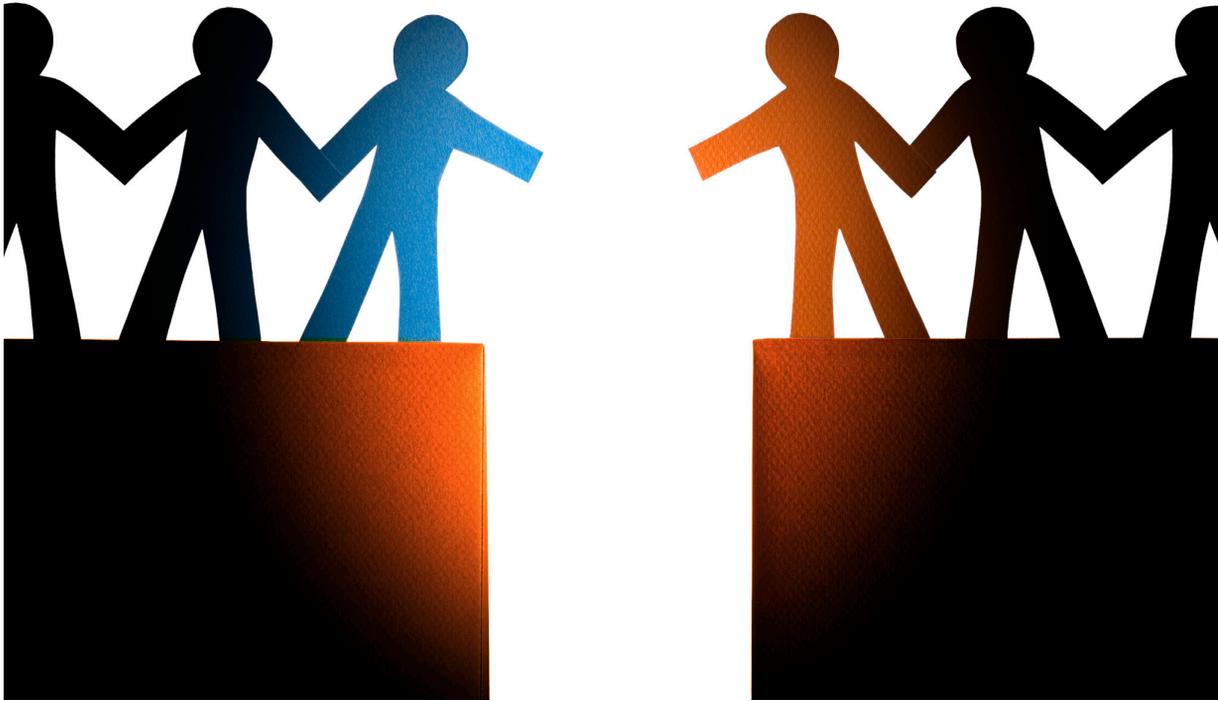


HEIDELBERGER  
JAHRBÜCHER  
ONLINE  
Band 8 (2023)

Gesellschaft der Freunde  
Universität Heidelberg e.V.



# Krieg, Konflikt, Solidarität

Joachim Funke & Michael Wink (Hrsg.)

HEIDELBERG  
UNIVERSITY PUBLISHING

# Welche Konflikte – welche Solidaritäten?

THOMAS SCHWINN

Max-Weber-Institut für Soziologie, Universität Heidelberg

## **Zusammenfassung**

Spaltungsthesen und Solidaritätsappelle haben zur Zeit Hochkonjunktur. In den moralisch aufgeheizten Debatten bleibt jedoch unklar, was angeblich auseinanderbricht und wie es wieder integriert werden soll. Es müssen dafür zunächst grundlagentheoretische Fragen geklärt werden. Der oft bemühte, aber unbrauchbare „Gesellschaftsbegriff“ wird ersetzt durch verschiedene Vergesellschaftungsebenen, die für das Konfliktgeschehen und das „Zu-Integrierende“ entscheidend sind. Neben diesen strukturellen Ebenen ist die kulturelle oder Wertdimension von Bedeutung. Soziale Integration benötigt Wertbezüge, diese stehen aber nur im Plural und nicht widerspruchsfrei und konfliktlos zur Verfügung. Aktuell gibt es weder grundlegende Konfliktfronten noch übergreifende Solidaritäten. Letztere bleiben eine Ausnahmeerscheinung und sind nicht konstitutiv für soziale Integration.

## **1 Zwischen Alarmismus und Entwarnung**

Mit Krisenvermutungen und Solidaritätsaufforderungen wird in den letzten Jahren großzügig umgegangen, nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern auch in

der Politik und in den Medien.<sup>1</sup> Die Diskussionen kreisen um Problemfelder wie religiöse Renaissance und ethnische Vielfalt, politischer Populismus, sich verschiebende Cleavages<sup>2</sup> und soziale Ungleichheit. Die Diskussionen sind bisweilen von Alarmismus geprägt<sup>3</sup>, der sich zur These versteigt, die ganze Gesellschaft befinde sich in einer Großkrise und entsprechend wird sie dann mit Etiketten wie „Gesellschaft der Angst“ (Bude 2014), „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016), „Gesellschaft der Singularitäten“ (Reckwitz 2017) oder „Gesellschaft des Zorns“ (Koppetsch 2019) versehen. Unterstützung bekommen diese Einschätzungen durch die politikwissenschaftliche Literatur, die eine „Entdemokratisierung“ (Manow 2020), eine „demokratische Regression“ (Schäfer/Zürn 2021) feststellt. „All dies addiert sich zu einer politischen Legitimationskrise, in der ein zähes Ringen um nicht weniger begonnen hat als um die konstitutiven Grundlagen der politischen Ordnung“ (Streeck 2021, S. 23). Und manche sehen dieses Ringen schon verloren: „Wie Demokratien sterben“ (Levitsky/Ziblatt 2018); „So endet die Demokratie“ (Runciman 2020).<sup>4</sup>

Heterogen sind die politischen Forderungen zur Stärkung des Zusammenhalts: Gründung eines Heimatministeriums, bedingungsloses Grundeinkommen, Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung; Reform des Staatsbürgerstatus etc. „Der Eindruck einer beliebig-opportunistischen Begriffsverwendung“ drängt sich auf (Deitelhoff et al. 2020, S. 13). Kontrastiert man diesen Erosions- und Zerfalls-

<sup>1</sup> Auch Philosophen lassen sich von der Thematik anregen und versuchen, ihre Denkkategorien zu erproben, vgl. z. B. Forst 2020; Höffe 2021.

<sup>2</sup> Cleavages bezeichnen dauerhafte soziale und politische Konfliktlinien. Sie trennen Klassen, Konfessionen, Ethnien oder Religionen, deren Interessen durch verschiedene Organisationen und Parteien vertreten werden.

<sup>3</sup> Als ein Beispiel dieser „Immer-Schlechter-Literatur“: „Die institutionalisierten Sphären der wechselseitigen Anerkennung scheinen an ihren Rändern wie zugemauert und in ihrem Inneren jedes allgemeinen, achtungssichernden Prinzips beraubt; immer mehr Gesellschaftsmitglieder sind auf kompensatorische, nicht-öffentliche Wege des Erwerbs der Selbstachtung angewiesen, immer weniger können für ihre Bestrebungen und Verrichtungen eine intersubjektiv geteilte Anerkennung reklamieren“ (Honneth 2013, S. 38).

<sup>4</sup> Keine Parallelen zwischen der Berliner und der Weimarer Republik können hingegen Falter (2017), Wirsching (2017) und Bach (2021) entdecken. Auch in den 1970er Jahren waren Krisendiagnosen prominent und verbreitet; vgl. etwa Offe 1972: „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“; Habermas 1973: „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“. Wenige Jahre später wurde die konservative Kohl-Regierung 16 Jahre lang ins Amt gewählt. Von einer zuverlässigen Krisendiagnose kann auch in dieser Zeit keine Rede sein.

diskurs mit den verfügbaren empirischen Ergebnissen der letzten Jahrzehnte, bekommt man den Eindruck, dass dem Krisenereignis keine wirklich faktisch bestehenden Integrationsprobleme gegenüberstehen – zumindest nicht in dieser Dramatik. „Von einem dramatischen Auseinanderbrechen der Gesellschaft kann im Zeitvergleich keine Rede sein“ (Brand et al. 2020, S. 9; vgl. a. Franz 1985; Gabriel 1999; Pollack et al. 2016; Lübke/Delhey 2019; Schneickert et al. 2019; Allmendinger/Wetzel 2020; Gerhards et al. 2020; Mau et al. 2020; Kumkar/Schimank 2021; Rössel et al. 2021; Konietzka/Martynovych 2022).<sup>5</sup>

Zwar werden Integrationsprobleme identifiziert, diese rechtfertigen aber nicht die pessimistischen Einschätzungen in den Unter- und Niedergangserzählungen. Trotz erheblicher Veränderungen und Strukturbrüche über das vergangene halbe Jahrhundert, Individualisierung, Wiedervereinigung, Globalisierung, demographischer Wandel, europäische Einigung, zunehmende Migrationszahlen und Corona-Krise „ist das soziale Fundament unserer Gesellschaft solide“ (Brand et al. 2020, S. 76). Diese Einschätzungen stehen in einem Kontrast zum öffentlichen Diskurs über den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft, in dem von „sozialer Spaltung“, von einer „gespaltenen Gesellschaft“ die Rede ist. Solche Großdiagnosen lassen sich zu starken, weitausgreifenden Thesen hinreißen, die die empirische Forschung wieder einreißt.

## 2 Was wird integriert oder gespalten?

Wie ist dieser Widerspruch einzuschätzen? Man muss sich zunächst fragen, wie die Begriffe „Konflikt“ und „Krise“ sowie „Zusammenhalt“ und „soziale Integration“

---

<sup>5</sup> In den empirischen Arbeiten werden verschiedene Aspekte von Integration untersucht, die jedoch zum gleichen Ergebnis kommen. Zu sozialer Anerkennung Schneickert et al. 2019, S. 613: „Die soziale Anerkennungsbilanz ist damit insgesamt positiv, selbst für strukturell benachteiligte Gruppen. Insofern ist die ‚Krise der Anerkennung‘ (Reckwitz) . . . kein Phänomen, das die gesamte Gesellschaft betrifft“. Zu sozialer Spaltung Gerhards et al. 2020, S. 9: „Therefore, the emergence of strong social and political cleavages is rather improbable“ und Mau et al. 2020, S. 339: „Wir finden nur wenige empirische Hinweise auf die in den Gegenwartsgesellschaften oft behauptete Spaltung der Gesellschaft“. Auch die zeitdiagnostische Verwendung des Exklusionsbegriffs weist nur ein begrenztes Potential auf: „Die von Exklusion . . . betroffenen Personengruppen sind so klein, dass in keinem ernsthaften Sinne von einer zentralen Spaltung gegenwärtiger Gesellschaften gesprochen werden kann“ (Rössel et al. 2021, S. 383).

unabhängig von den zeitgeschichtlichen Diagnosen theoretisch und konzeptionell allgemein gefasst werden können. Unterliegt sozialer Ungleichheit, ethnischer Vielfalt und religiöser Renaissance, Populismus und politischem Extremismus etc. ein gemeinsames, generelles, theoretisch benennbares Problem, das sie als Ausdrucksformen eines verbindenden soziologischen Grundbegriffs „Integration“ ausweist? Meist wird dabei auf Metaphern wie „soziales Band“, „sozialer Kitt“ oder unbestimmte Ausdrücke wie „Zusammenhalt“, „Solidarität“ zurückgegriffen und der „Gesellschafts-“ oder „Ordnungsbegriff“ bemüht. Soziale Desintegration bedrohe die Ordnung, lasse die Gesellschaft auseinanderbrechen. Die Begriffe werden in unklarer Weise ineinandergeschoben. Empirisch gab es im letzten Jahrhundert in Europa aber nur wenige Ereignisse, die zu einem Zusammenbruch von „Gesellschaft“ geführt haben: 1945 für Deutschland und 1989 für Osteuropa.

Die Gesellschaftsebene ist als Verrechnungseinheit verschiedener Konflikte und sozialintegrativer Wirkungsketten ein analytisch unbrauchbarer Begriff. Nicht jedes Problem, z. B. Arbeitslosigkeit, hat für alle Akteure die gleiche Dringlichkeit. Krisenphänomene sind nicht rein objektiv auf eine übergeordnete Systemebene hin bestimmbar, sondern müssen über die Interpretationsmuster und Interessenlagen der sozialen Akteure verfolgt werden. Die Rede von „Systemproblemen“ oder einem „Auseinander-Brechen der Gesellschaft“ suggeriert die Annahme einer gleichmäßigen Betroffenheit durch ein Problem. Meist ist die Schmerzempfindlichkeit höchst unterschiedlich verteilt und beeinträchtigt die Bereitschaft, ein Problem als solches anzuerkennen. Die Vielzahl an Problemen und mangelhaft integrierten Kontexten benötigen Zurechnungs- und Handlungsinstanzen, die sich ihrer Definition und Bearbeitung annehmen. Die verschiedenen Perspektiven auf ein Problem thematisieren zwar etwas „Gesellschaftliches“, aber dieser Begriff bietet keine Zentralperspektive, auf die jene zulaufen würden, um eine gleichsam „integrative Gesamtbilanz“ eines Problems zu erstellen. Nehmen wir als Beispiel die hohe Inflationsrate als Problem und wie darauf zu reagieren ist. Die Anhebung des Leitzinses bewahrt die Einkommen der Konsumenten vor sinkender Kaufkraft, sie verteuert aber Investitionen und die Beschäftigungssicherheit von Arbeitnehmern. „Es fehlt . . . an einem anerkannten und operativ handhabbaren Kalkül, das es erlauben würde, den Vorteil der einen mit dem Nachteil der anderen überzeugend zu verrechnen und so zu einer operationalen Bestimmung eines wirtschaftspolitisch zu realisierenden Gemeinwohls zu gelangen“ (Offe 2023: 32).

Da die meisten Konsumenten auch Arbeitnehmer sind, ist „Gemeinwohl“ nicht nur sozial, sondern auch individuell nicht eindeutig zu bilanzieren.

Max Weber meidet den „Gesellschaftsbegriff“. Er spricht von „Vergesellschaftung“ und „Vergemeinschaftung“, um den variablen und graduellen Charakter sozialer Phänomene zu betonen und eine Reifizierung von Kollektivbegriffen zu vermeiden. In seinen „Soziologischen Grundbegriffen“ hat er diese sozialen Abstufungen durchdekliniert (Weber 1980: 1ff.). Damit lässt sich die Konflikt- und Integrationsproblematik präziser fassen.

Auf einer elementaren Stufe geht es zunächst nur um die Gemeinsamkeit einer Lage oder eines Merkmals, ohne dass daraus schon ein Sich-Wechselseitig-Orientieren-Aneinander resultieren würde. „Aber auch wenn sie auf diese Situation gleichartig reagieren, so ist dies noch keine Vergemeinschaftung, und auch das bloße ‚Gefühl‘ für die gemeinsame Lage und deren Folgen erzeugt sie noch nicht“ (Weber 1980, S. 22). Hier handelt es sich um bloße *soziale Kategorien*, Frauen, Männer, Alte, Migranten, Arbeiter, Beamte etc., d. h. um weitgehend unverbundene Mengen von Menschen mit ähnlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen. Erst mit dem Sich-Aneinander-Orientieren entstehen *soziale Beziehungen*, die notwendige Voraussetzungen für Konflikt handeln und Fragen der Zu- und Zusammengehörigkeit sind.

Eine weitere Stufe in der Strukturierung von sozialen Integrations- und Desintegrationsprozessen ist mit der Bildung von *sozialen Bewegungen* und *Organisationen* erreicht. Nur für manche Kategorien gelingt dies überhaupt, in Abhängigkeit von deren Konflikt- und Organisationsfähigkeit. Soziale Integration bzw. Desintegration erhält damit ein Ordnungselement, das auf die Ausgangsstufe zurückwirkt. Wenn es Bewegungen und Organisationen gibt, die sich die Frauenemanzipation zum Ziel gesetzt haben, werden Deutungsmuster angeboten, wie man sich als Frau zu sehen hat und welche Interessen man haben sollte. Die Wahrscheinlichkeit steigt, ein soziales Problem oder eine Benachteiligung als konflikthaft darstellen zu können und bei politischen Instanzen Gehör und Handlungsbereitschaft zu finden. Die Rede von objektiv gegebenen Integrationsproblemen verschleiert die Selektivität ihrer sozialen und politischen Artikulation. „Much talk about ethnic, racial, or national groups is obscured by the failure to distinguish between groups and categories. If by ‘group’ we mean a mutually interacting, mutually recognizing, mutually oriented, effectively communicating, bounded collectivity with a sense of solidarity, corporate identity, and capacity for concerted action, or

even if we adopt a less exigent understanding of ‘group’, it should be clear that a category is not a group [...] It is at best a potential basis for group formation or ‘groupness’“ (Brubaker 2005, S. 476).

Desintegrationsprobleme stellen sich auf den verschiedenen Beziehungs- und Ordnungsstufen unterschiedlich dar. Auf der kategorialen Ebene kann man davon nur bedingt sprechen, allenfalls in einem objektiven Sinne, als Aggregation vieler Einzelphänomene, die sich statistisch zum Ausdruck bringen lässt: Frauen verdienen weniger als Männer; die Kinder von Arbeitern und ethnischen Minderheiten besuchen seltener das Gymnasium; Angehörige dieser Kategorien haben Freunde und Heiratspartner aus der gleichen Kategorie; Unterschichtsangehörige haben höhere Kriminalitätsraten usw. Zu einem sozialen Problem werden statistische Kategorien erst dann, wenn sich diese oder stellvertretende Akteure darauf beziehen und die Situation als ungerecht oder entwürdigend bewerten. Die Unterrepräsentation bestimmter Schichten im Bildungswesen war kein Problem bis zur Diskussion um den sogenannten Bildungsnotstand in den 1960er Jahren. Viele Lebensformen sind depriviert und unterprivilegiert, aber sprach-, kommunikations- und kontaktlos. Sie müssen auf stellvertretende Fürsprache und sozialstaatliche oder karitative Problemadoption hoffen. Eine soziale Ordnung verträgt ein hohes Maß an statistischer Unterprivilegierung. Sie ist zwar strukturell verursacht, verbleibt aber als individuelle Problematik, mit der der Einzelne biographisch fertig werden muss, indem z. B. Ansprüche heruntergefahren werden. Diese intrapersonale Verlagerung von sozialen Problemen hat einen nicht zu unterschätzenden ordnungsstabilisierenden Effekt. Esser (1999, S. 19) spricht hier von „Deferenzintegration“. „Es ist die schwächste Form der sozialen ‚Integration‘... Für die ‚Gesellschaft‘ ist das aber nur selten eine gefährliche Angelegenheit. Elend und Aussichtslosigkeit macht bekanntlich apathisch“.

Gelingende Sozialintegration thematisiert die Soziologie als Individualisierungsprozess. Inklusion und die Partizipation in den einzelnen institutionellen Ordnungen wird als biographische Leistung zugemutet und zugerechnet. Über Ansprüche wird sie motivational angeheizt und über Karrieren ist der Lebenslauf strukturell beschreibbar. Eine soziale Vergemeinschaftung benötigt sie nicht. Auch diese Form des Integriert-Seins lässt sich statistisch erfassen: intergenerationell zunehmende Bildungsquoten, gestiegene Einkommen und Berufschancen, verbesserter Lebens- und Konsumstandard, rückläufige Altersarmut etc. Entgegen einer verbreiteten Annahme, die das moderne, angeblich orientierungsüberlastete

Individuum starke Vergemeinschaftung und Milieuförderung suchen lassen<sup>6</sup>, sind letztere eher Anzeichen einer gescheiterten oder problematischen Integration. An erschwerter und verbauter Inklusion entzündeten sich Vergemeinschaftungen dann, wenn mehrere Problemdimensionen kumulieren. Die in Bezug auf Bildung und Arbeitsmarktpartizipation, Heiratskreise etc. eingeschränkten ethnischen Minderheiten finden sich in milieufördernden Stadtvierteln und Wohnbezirken wieder. Menschen wollen keine Milieus als Kompensation für die angeblich Integrationsdefizite schaffenden modernen differenzierten Ordnungen. Sie möchten Karrieren, d. h. Chancen, in den differenzierten Institutionen zu partizipieren und voranzukommen. In dem Maße, wie den Individuen Inklusionsmöglichkeiten eröffnet werden, erodieren milieugeprägte Lebensformen. Der moderne Integrationsmodus ist von einer *lage-* oder milieugeprägten auf eine (lebens-)laufgeprägte Form umgestellt.

In stark binnenintegrierten Vergemeinschaftungen können abweichende Lebensformen konserviert, wie die Amish in Pennsylvania (Diekmann 2007, S. 48f.), oder neue Lebensmodelle erprobt werden, wie etwa in Künstlerkolonien. Aber auch illegale Märkte für Drogen, Waffen, Prostitution etc. gedeihen in stark abgegrenzten Milieus (Braun/Berger 2007; Heise und Meyer-Heuer 2020). Die in den letzten Jahrzehnten mit Individualisierungsprozessen entstandenen neuen Milieus weisen einen schwachen Vergemeinschaftungsgrad auf (Hitzler et al. 2008; Rössel 2009, S. 335ff.). Sie sind aspektspezifisch (Musik, Sport, Freizeit etc.), vorübergehend, teilzeitgeprägt, selbst gewählt, sanktionsarm, ohne existenzielles, oft nur ästhetisches Interesse. Während die älteren Milieus, wie die der Arbeiterschicht, die Menschen umfassend einbanden (Gabriel 1990; Tenfelde 1996), von der Wiege bis zur Bahre, gibt es in den neuen Milieus keine eindeutigen Zugehörigkeiten, man kann mehreren gleichzeitig angehören. Diese schwachen Strukturierungsleistungen für die Lebensführung sind kompatibel mit der differenzierten Institutionenordnung (Schwinn 2019, S. 147ff.).

---

<sup>6</sup> Vgl. z. B. die Kritik von Portes/Vickstrom (2011) an Robert Putnams *Bowling Alone*.

### 3 Wie entstehen Konflikte?

Wann werden aus statistisch beschreibbaren Unterschieden und Ungleichheiten soziale Konflikte? Die stumme Existenz von Unterprivilegierten ist „für die Gesellschaft“ nicht bedrohlich. Wenn diese allerdings ihre Stimme erheben und Parteien wählen, die die politische und gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen, wird Desintegration für alle spürbar und an alle adressiert.<sup>7</sup> Die „Gesellschaftsfrage“, die in den bereits referierten Großdiagnosen zu sozialer Desintegration bemüht wird, stellt sich über die politische Ordnung. Über diese sind Zusammenbrüche und Neuanfänge definiert: 1871, 1918, 1933, 1945, 1989 – über diese Jahreszahlen sind die zentralen Zäsuren der neueren deutschen Geschichte gesetzt. Erst mit der politischen Artikulation ergibt sich ein forcierter Institutionalisierungsbedarf für Konflikte, die in den Cleavages ihren Ausdruck finden.<sup>8</sup> Solange desintegrative Probleme unterhalb dieser politisch artikulierten Schwelle bleiben, sind ihre Wirkungen und ihre „gesellschaftliche Bedeutung“ diffus.

„Probleme“ und „Interessen“ sind nicht selbstevident, aus kategorialen Lage-merkmalen und Milieukontexten einfach ableitbar. Politische Artikulation ist nicht nur Übersetzung, sondern auch Konstruktion von sozialintegrativen Größen. „A worker may, e.g. use a conception of the social differentiation of society by occupations and identify with electricians, or conceptualization of social differentiation of society by classes and identify with the working class, or a conceptualization of the differentiation of society by categories of people who work for a living and who do not, and identify with the ones who work for living. All three conceptualizations may be available“ (Lepsius 1976, S. 353). Die Art der politischen Organisierung ist ausschlaggebend dafür, welches Deutungsmuster für die Selbst- und Sozialwahrnehmung dominant wird. So gab es in den USA keine auf die allgemeine Arbeiterkategorie bezogene Partei, sondern nur auf die Tätigkeits-

---

<sup>7</sup> Brubaker (2005: 478f.) am Beispiel von ethnischen Konflikten: „Although participants’ rhetoric and commonsense accounts treat ethnic groups as the protagonists of ethnic conflict, in fact the chief protagonists of most ethnic conflict – and a fortiori of most ethnic violence – are not ethnic groups as such but various kinds of organizations, broadly understood, and their empowered and authorized incumbents“.

<sup>8</sup> Die Gründung des „BMBF-Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verdankt sich wohl entscheidend den Wahlerfolgen der AfD, die die etablierten Parteien zu Gegenmaßnahmen veranlassen.

spekte und Berufe im engeren Sinne bezogene Gewerkschaften, weshalb dort ein Cleavage entlang der Kapital-Arbeitslinie nicht zu finden ist; ganz im Gegensatz zu europäischen Ländern, und dort wiederum abgestuft nach sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien. In den letzten Jahren wird durch populistische Tendenzen und rechtsextreme Parteien in vielen Ländern erfolgreich eine Konflikt-dramaturgie aufgeführt, die zwischen „ehrlich Arbeitenden“ und „Schmarotzern“ unterscheidet. Dabei können Migranten und Asylsuchende, aber auch „faule Eliten“ in der letzten Kategorie landen. Man leitet daraus das Entstehen einer neuen Konfliktlinie ab (Eribon 2016, S. 133ff., Hochschild 2016, S. 187ff.; De Wilde 2019; Reckwitz 2020), allerdings mit gewissen Variationen, wie und wo der Konfliktverlauf verortet wird und mit erheblicher konzeptioneller Kritik an solchen neuen Cleavage-Annahmen (Mau et al. 2020; Kumkar/Schimank 2021; Mau et al. 2021; Burzan 2021; Konietzka/Martynovych 2022).

In den politischen Auseinandersetzungen wird letztlich geklärt, welche sozialintegrative Relevanz und Dringlichkeit welchem „Problem“ zukommt. Die Konditionen, zu denen die Individuen an den Institutionen partizipieren, sind konfliktbesetzt und verhandlungsbedürftig. Hier kristallisieren sich die intermediären Interessensorganisationen an. Sie vermitteln zwischen den individuellen Mitgliedern und den öffentlichen Institutionen, in denen Interessen zur Geltung gebracht werden müssen, und haben eine erhebliche Bedeutung für das Konfliktgeschehen – auch dort, wo sie nicht vorhanden sind.<sup>9</sup> So diagnostiziert Nauck (2009, S. 308) bei den ethnischen Minderheiten in Deutschland ein geringes oder nicht vorhandenes Konfliktbewusstsein. „In dieser Perspektive sind es somit weniger ethnische Konfliktszenarien, die in den Focus sozial- ebenso wie gesellschaftstheoretischer Analysen rücken, sondern die Frage, warum ethnische Konflikte in Deutschland so nachhaltig ausgeblieben sind und welche Konsequenzen daraus für eine Sozial- und Eingliederungspolitik zu ziehen sind“. Das geringe Konfliktniveau verdankt sich auch einem ausbleibenden ethnischen Cleavage mit eigenen Parteien (Leggewie 1997, S. 252; Röder/Mühlau 2012; Fischer-Neumann 2014; Spies et al. 2020). Das Konfliktgeschehen verläuft asymmetrisch. Während in der einheimischen Bevölkerung beim Migrationsthema die Einstellungen polarisiert sind (Mau et

---

<sup>9</sup> Eine der Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen ist die mangelnde Absorption durch die etablierten Parteien. Die Antworten und Thematisierungsstrategien sind abhängig vom bereits vorhandenen oder fehlenden politischen Angebot der intermediären Ebene.

al. 2020) und mit der AfD einen organisatorischen Ausdruck gefunden haben, fehlt dieser bei der „Gegenseite“. Zwar gibt es extreme Gruppierungen wie die Salafisten, deren Bedeutung wird aber von rechtsextremer Seite übertrieben dargestellt (Gerhards et al. 2020, S. 246). Abgeordnete mit Migrationshintergrund dramatisieren im Gegenzug nicht ihre Herkunft, sondern sind bestrebt, diese zurückzufahren. „Offenbar führt bei marginalisierten Communities die von außen zugetragene Omnipräsenz ihrer ‚Herkunft‘ zu einer Abwehrhaltung nicht nur gegenüber strukturellem Rassismus, sondern auch gegenüber einer ‚Selbstethnisierung‘. Sie wollen politische Repräsentation nicht auf Herkunft reduzieren“ (Mügge et al. 2021, S. 8).

#### **4 Die Bedeutung des Nationalstaates und globale Herausforderungen**

Der Nationalstaat steckt den Makrokontext sozialer Integration ab. In ihm bildeten sich die sozialen und politischen Cleavages aus, Konflikte zwischen Religionsgemeinschaften, Antagonismen zwischen Klassen, regionale und ethnische Konflikte. Durch Integration in eine rechtliche und politische Institutionenordnung, durch ‚nation-building and citizenship‘ wurden die verschiedenen Konflikte institutionalisiert und mehr oder weniger zivilisiert (exemplarisch: Bendix 1964; Eisenstadt/Rokkan 1973). Gegen eine ganze Denktradition von Alexis de Tocqueville bis Robert Putnam, die die sozialintegrativen Prozesse, Milieus und Vereinigungen „von unten“ entstehen und stabilisiert sieht, muss die konstitutive Bedeutung der nationalstaatlichen Ordnung „von oben“ für die unteren Ebenen gesehen werden (Lepsius 1993, S. 260ff.; Streeck 1994, S. 27f.; Skocpol et al. 2000; Kriesi 2007, S. 31ff.; Vogel 2018).<sup>10</sup> Die Konflikte und die sich an ihnen abarbeitenden Verbände folgen in der Regel den Staatsbildungsprozessen, werden durch ihn kon-

---

<sup>10</sup> Das gilt nicht nur für die intermediäre Ebene: „Die Entstehung eines spezifischen, blutsverwandtschaftsartig reagierenden Gemeingefühls für rein künstlich abgegrenzte politische Gebilde ist noch heute nichts Seltenes. Die allerschematischsten politischen Gebilde, die nach Breitengraden quadratisch abgegrenzten ‚Staaten‘ der amerikanischen Union z. B. zeigen ein sehr entwickeltes Sonderbewußtsein: daß Familien von New York nach Richmond reisen, nur damit das erwartete Kind dort geboren und also ein ‚Virginier‘ werde, ist nicht selten“ (Weber 1980, S. 241).

ditioniert und nicht umgekehrt bringt die Verbandsebene bottom up eine staatliche Ordnung hervor.

Ohne den staatlichen Rahmen würde aus der Vielfalt von Konfliktgruppen und Verbänden keine soziale Ordnung entstehen. Neben funktions- und interessenspezifischen Gleichheiten in der Binnenwahrnehmung der Gruppen tritt mit der nationalstaatlichen Ordnung eine übergreifende Wahrnehmung als gleiche Staatsbürger. Natürlich streiten die Interessenverbände dieser Gruppen ständig um Kompetenz- und Ressourcenverteilungen, aber nur deshalb, weil sie sich einer gemeinsamen sozialintegrativen Bezugsgröße zugehörig fühlen, die den Streitrahmen bildet. Staatsgrenzen sind Solidaritätsgrenzen. Es gibt deutsche, französische, amerikanische, japanische Lehrer-, Ärzteverbände und Gewerkschaften, obwohl sie länderübergreifend funktional verwandt sind. Um zu einer konflikt- und politisch artikulationsfähigen Gruppe zu werden, muss der funktional bedingten Interessengleichheit die sozialintegrative politische Gleichheit vorausgehen. Die staatliche Ordnung grenzt die Menge an Gütern und Privilegien ab, über die gestritten wird. Wer sich außerhalb dieses Pools der „Staatsbürger“ befindet, vermag nicht die gleiche Solidarität und Streitwilligkeit zu erregen. Im Verhältnis zur Armutssituation von Bevölkerungskreisen in vielen Ländern wird in den Tarifauseinandersetzungen hier um minimale Lohnerhöhungen heftig gestritten. Die Solidaritätsaufrufe mit den Armen der Dritten Welt können sich lediglich auf die Gleichheit der Menschenrechte, nicht aber auf die politische Gleichheit berufen.

Auf mehreren Ebenen und über mehrere Ebenen hinweg hat die staatliche Ordnung eine sozialintegrative Klammerfunktion: *kulturell*, indem mit der Fusion von Politik und Kultur Fragen der Inklusion in die einzelnen Institutionen nicht kulturneutral geregelt werden; *rechtlich*, indem mit dem Staatsbürgerstatus eine Hauptschwelle überschritten werden muss, um vollen Zugang zu den anderen Institutionen zu bekommen; *intermediär*, indem sie einen notwendigen Rahmen für die Konfliktinstitutionalisierung zwischen den Interessengruppen bildet; *legitimatorisch*, indem die Akzeptanz eines gesamten Ordnungsarrangements über die Legitimation der politischen Ordnung abgerechnet wird; und schließlich hat sie eine integrierende Funktion auf der Ebene des *Lebenslaufs*, wo sie die Einzelinklusionen untereinander anschlussfähig hält und zur biographischen Kontinuität und Planbarkeit beiträgt (Schwinn 2019, S. 125ff.).

Ein durchgehendes Struktur- und Ordnungsprinzip sozialer Integration über die verschiedenen Vergesellschaftungsstufen hinweg gibt es nicht. Man muss mit Indif-

ferenzen und Brechungen zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene rechnen, ohne eindeutige lineare und proportionale Ursache-Wirkungsbeziehungen (Schwinn 2023). Einige allgemeine Aussagen lassen sich aber doch treffen. Ein robustes Ergebnis der empirischen Sozialforschung ist die Erkenntnis, dass die Zufriedenheit mit und in der privaten Sphäre sich auf einem höheren Niveau bewegt als die Zufriedenheit mit den öffentlichen Bereichen (Glatzer 1984; Lipset/Schneider 1987; Pollack et al. 2016; Schneickert et al. 2019; Mau/Offe 2020, S. 360f.). Wie ist dieses Ergebnis zu interpretieren? Defizite auf der institutionellen Makro- und Staatsebene werden durch ein Reservoir subjektiver Lebenszufriedenheit kompensiert. Der private Bereich ist ein Puffer und Auffangbecken für Unzufriedenheit und Frustrationen mit den institutionellen Sphären. Es kommt zu einer Verschiebung sozialer Widersprüche und Konflikte in intrapersonale und kleinräumige Austragungen. Individuelle soziale Kompetenzen, neuerdings: „Resilienz“, Verantwortungszuschreibungen und soziale Vergleichsprozesse entscheiden darüber, wie mit Makrokontexten umgegangen wird. Die sozialen Nahumwelten sind nicht selten handlungsrelevanter als die „entfernten“ Institutionen der „Gesellschaft“ (Anhut 2002, S. 384f.; Esser 2009, S. 359; Brand et al. 2020, S. 77).

Freilich haben diese Kompensationen und Verschiebemöglichkeiten gewisse Grenzen. Ohne einen förderlichen Institutionenkontext werden sich subjektive Kompetenzen und stützende Mikrowelten nicht beliebig halten können. Subjektive Zufriedenheit und Lebensqualität können durch Institutionen, insbesondere wohlfahrtsstaatliche, nicht gesteuert oder direkt „hergestellt“ werden, sie können aber für die nötigen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten sorgen, z. B. für die Vereinbarkeit von Beruf und Kind. Institutionelle Optionen und Restriktionen müssen über die Lebensführung und über die sozialen Nahbereiche von Familie, Partnerschaft und Freundeskreise in subjektive Zufriedenheit und Lebensqualität übersetzt werden. Das gelingt nicht immer. Manches kommt als Alkoholismus, Drogenprobleme, Kriminalität, Krankheit zum Ausdruck. Umso wichtiger ist es, individuelle Wohlfahrt, Lebenszufriedenheit und -qualität in ihrer sozialintegrativen Makrorelevanz im Blick zu haben. Darin sind Sozialisations-, Mentalitäts- und Motivationsressourcen enthalten, von denen alle Institutionen abhängen, die sie aber nicht selbst zur Gänze hervorbringen können. In den sozialistischen, sogenannten „Nischengesellschaften“ waren diese privaten Welten so weit von den offiziellen Institutionen und politischen Instanzen entkoppelt, dass dieses Ordnungsarrangement zerbrach. Der Makrorahmen war nur noch restriktiv und

hat das Reservoir an Lebenszufriedenheit und der subjektiven Bereitschaft, diese in öffentliche Kontexte zu übersetzen, ausgetrocknet.

Die hier hervorgehobene Bedeutung des Staates für Konflikt- und Integrationsprozesse sieht sich mit Thesen konfrontiert, die dessen Rolle in Globalisierungsprozessen im Schwinden sieht. In einer Mischung aus empirischer Feststellung und normativer Forderung, es müsse jetzt um das „Aufbrechen der exklusiven Strukturen der Staatsbürgergesellschaft“ (Lessenich, zit. n. Manow 2020, S. 157) gehen, wird diese These mittlerweile seit Jahrzehnten verbreitet (vgl. schon Soysal 1994). Neu ist sie also nicht, sondern schon etwas in die Jahre gekommen. Nun gibt es eine verbreitete Skepsis in Hinsicht auf die sozialintegrative Bedeutung einer „Weltgesellschaft“ (Münkler 2004, S. 22; Offe 2004, S. 49; Koopmans/Zürn 2019, S. 21ff.; Merkel/Zürn 2019, S. 221ff.; Schwinn 2019, S. 159ff.; Gerhards et al. 2020, S. 28; Kielmansegg 2022).

Wie ist dies einzuschätzen? Zweifelsohne steht der Nationalstaat heute unter erheblichem Druck, durch den Weltmarkt, durch Migrationsströme und durch supranationale Institutionen wie der EU. Hat er aber dadurch seine sozialintegrative Bedeutung eingebüßt? Dagegen spricht doch einiges. Vorstellungen von einem „Aufbrechen der Staatsbürgerschaft“, einer „postnationalen Mitgliedschaft“, leiden unter einem analytischen Defizit. Sie betonen das Politische, d. h. die kulturelle Seite, unterbelichten aber die Politik, d. h. die prozedural-institutionelle Seite. Es kann keine beliebige Maßstabsvergrößerung der Demokratie vom nationalen auf den globalen Rahmen geben, ohne dass diese ihre Qualität verliert – „eine Menschheitsdemokratie ist nicht denkbar“ (Kielmansegg 2022, S. 110; vgl. a. Manow 2020, S. 171ff.; Merkel/Zürn 2019, S. 221ff.; Streeck 2021, S. 11f.).

Für die EU ist dies gut untersucht, etwa unter dem Begriff der „Überkonstitutionalisierung“ (Lübbe-Wolff 2018, S. 144ff.). „The Court can only destroy existing national solutions, but it cannot itself create ‚Social Europe‘“ (Scharpf 2009, S. 198). Institutionelle Weiterentwicklungen sind auf sie legitimierende sozialintegrierende Mitgliedschaftskontexte angewiesen (Kielmansegg 1996) und diese werden nach wie vor durch nationalstaatliche Staatsbürgerschaften abgesteckt. So gibt es keine EU Unionsbürgerschaft ohne eine nationale Staatsbürgerschaft, letztere ist der Gate-Keeper für erstere (Joppke 1998, S. 23ff.; Gosewinkel 2016, S. 606, 628). Empirisch sind zudem EU-freundliche und der Globalisierung positiv gegenüberstehende Einstellungen bei den sogenannten „Kosmopoliten“ abhängig von deren privilegierten Arbeits- und Lebensverhältnissen, die gerade durch

nationalstaatliche Institutionen vor globalem Marktdruck geschützt werden (Hartmann 2020; Rieger/Leibfried 2001). Auf die globalen Herausforderungen kann umso besser reagiert werden, je ausgebauter die nationalen Institutionen und der Wohlfahrtsstaat sich präsentieren.

Die sozialintegrative Klammerfunktion der staatlichen Ordnung fehlt auf der globalen Ebene. Die Wiederholung der nationalstaatlichen Erfahrung, in der die sozialstrukturellen Gruppen mit Bezug auf die politischen Institutionen gewachsen sind, ist mittelfristig nicht wahrscheinlich. Die globale Ebene ist keine sozialintegrative und sie ist keine politische Einheit. Den verbreiteten normativen Forderungen nach internationaler Gerechtigkeit fehlt ein ausreichender zivilgesellschaftlicher und institutioneller Unterbau. Globale Ungleichheiten sind in hohem Maße unartikuliert und konfliktlos.<sup>11</sup> Solange es keine legitimationspflichtige Welt(herrschafts)ordnung gibt, sind hier Ungleichheiten in einem Ausmaß möglich, das nationale Sozialordnungen sprengen würde. Dies könnte sich als Stolperstein einer Weltordnung erweisen. Sie produziert Probleme, ohne die erforderlichen Bedingungen für ihre Lösung zu bieten. Ungleichheiten, die nicht thematisiert werden können, neigen zu eruptiven Ausbrüchen oder unkontrollierbaren Effekten.

## 5 Wertedilemmata und abgestufte Solidaritäten

Die bisherigen Ausführungen konzentrierten sich vor allem auf die strukturelle Dimension: Welche Ebenen der Vergesellschaftung lassen sich unterscheiden (statistische soziale Kategorien, Milieus, intermediäre Interessenorganisationen und die staatliche Rahmenordnung) und wie werden Konflikte über diese Ebenen hinweg strukturiert bzw. bleiben aus. Die strukturelle Dimension bleibt unvollständig, wenn sie nicht durch die Wertdimension ergänzt wird. Begriffe und Schlagworte wie „Solidarität“, „Zusammenhalt“, „Spaltung“ oder „Auseinanderbrechen“

---

<sup>11</sup> Natürlich entstehen Konflikte an den migrationsfördernden Wohlstandsgrenzen von Nordafrika-Südeuropa und Mexiko-USA, aber sie finden kaum zufriedenstellende transnationale Lösungen, geschweige denn eine „Konfliktinstitutionalisierung“. Sie dienen vor allem als binnennational instrumentalisierbarer Konfliktstoff in politischen Auseinandersetzungen. Zum anderen verbleiben die Migranten selbst auf der untersten Vergesellschaftungsstufe: Es gibt zwar Netzwerke, letztlich bleibt es aber ein Massenmarsch der Vereinzelten.

transportieren starke Wertimplikationen. Eine enorme Vielfalt an Werten ist im Angebot, die bei Integrationsfragen immer wieder aktiviert wird: Gleichheit, Gerechtigkeit, Leistung, Diversität, Identität, Toleranz, Anerkennung, Solidarität etc. Die kulturellen oder Wertbestände stehen nicht als Einheit und als „Idealzustand“ zur Verfügung, um die fragmentierten sozialstrukturellen Interessen und Konflikte befrieden zu können. Werte sind ihrerseits fragmentiert, stehen in Spannungen und Widersprüchen zueinander.

Einen bis heute vielbeachteten Vorschlag zur Analyse moderner Wertgrundlagen hat der englische Sozialwissenschaftler Thomas H. Marshall (1992) vorgelegt. Danach werden Fragen der Zugehörigkeit und des sozialen Zusammenhalts über drei Wertmaßstäbe geklärt. Der *rechtliche* Aspekt bezieht sich auf die Gewährung gleicher Rechtsprechung für alle Mitglieder der Gesellschaft. Die individuellen Grund- und Menschenrechte sind hierfür die entscheidende Basis. Der *politische* Aspekt bezieht sich auf die Teilnahme an der politischen Herrschaft, das Recht, an der Ausübung, Kontrolle und Legitimierung der Herrschaftsordnung mitzuwirken. Der *soziale* Aspekt bezieht sich auf die ausreichende Partizipation an den vorherrschenden sozialen Gütern und Möglichkeiten: gesicherte Lebenshaltung, Beteiligung am wachsenden Sozialprodukt, gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen etc. Mit diesen drei Aspekten sind normative Leitbilder eines *Vollmitgliedes* einer Gesellschaft verbunden. Der konkrete Inhalt dieses Anspruchs auf Vollbürgerschaft („citizenship“) hat sich im Lauf der Modernisierung gewandelt: im 18. Jahrhundert wurde die rechtliche, im 19. Jahrhundert die politische und im 20. Jahrhundert die soziale Gleichberechtigung institutionalisiert.

Dabei finden nicht alle drei Werte im selben Maße Konsens. Die Grund- und Menschenrechte sind heute in den fortgeschrittenen Gesellschaften allgemein akzeptiert. Auch der Immigrant, der keinen Anspruch auf Staatsbürgerschaft und soziale Rechte hat, genießt sie. Die Lichterketten als Reaktion auf gewalttätige Übergriffe auf Ausländer geben einen Hinweis auf die massenwirksame Verbreitung dieser basalen Normen. Weniger Konsens besteht über die Frage nach den Kriterien für die Gewährung der Staatsbürgerschaft, wie die Auseinandersetzungen um die Reform dieses Rechts beweisen. Und schließlich bestehen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was sozial gerecht ist. Nicht alle drei Dimensionen werden bei jedem Konflikt virulent und aktiviert. Der Wertrahmen, innerhalb dessen die Akteure ihre sozialintegrativen Ansprüche definieren und an Solidaritäten appel-

lieren, kann wechseln. So stößt nach Marshall (1992, S. 38) soziale Ungleichheit auf größere Akzeptanz, wenn ein gleicher Staatsbürgerstatus anerkannt wird.

In den zurückliegenden Monaten wurden wir Zeugen der Akzeptanz und zugleich Konflikthaftigkeit dieser drei Wertmaßstäbe: Der Ukraine-Krieg und die Bereitschaft Flüchtende aufzunehmen, die politische Initiative der Ampelkoalition die Einbürgerung zu erleichtern und schließlich die Einführung eines „Bürgergeldes“. Zugleich waren die vor dem Krieg Flüchtenden mit dem Vorwurf des „Asyl- oder Sozialtourismus“ konfrontiert; in den Debatten um ein neues Einbürgerungsgesetz tauchte das Schlagwort vom „Verramschen des deutschen Staatsbürgerstatus“ auf und das Bürgergeld wurde durch den Missbrauchsverdacht abgespeckt. Die Solidaritäten rahmenden und absteckenden Wertgrundlagen unterliegen einer historischen Dynamik. Veränderte soziale Interessen und Bedürfnisse führen zu einer ergänzenden oder veränderten inhaltlichen Auslegung. Das soll im Folgenden etwas genauer verfolgt werden.

Die liberalen, an der Freiheit und Würde des Menschen sich orientierenden Grundprinzipien erfahren in den letzten Jahrzehnten eine offensive Auslegung und Interpretation, werden angestoßen durch und forcieren ihrerseits vielfältige Lebensentwürfe. Seit den 1970er Jahren werden die Grund- und Staatsbürgerrechte verstärkt zum Bezugspunkt für individualistische Forderungen nach Anerkennung von Diversität und Differenz (Gosewinkel 2016, S. 17ff.). Sie schützen auch Ausdrucksformen menschlicher Vorstellungen und Handlungen, die zwar toleriert werden müssen, aber kaum integrationsförderlich sind. So ist etwa nach dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auch die Möglichkeit, sich anstößig, beleidigend, schockierend und verstörend zu äußern, durch die Meinungsfreiheit gedeckt – man denke an die sogenannten „Querdenker“ und Verschwörungsmymen im Zusammenhang der Corona-Pandemie –, „weil man akzeptieren muss, dass das Nichtgerechtfertigte, das Dumme oder Abstoßende eine Ausdrucksform menschlicher Personalität sein kann, mit der man zu leben hat, wenn man diese menschliche Personalität tatsächlich respektieren will. Woraus immer Menschen gemacht sein mögen, sie sind jedenfalls keine vollständig vernünftigen Wesen mit lediglich wohlwollenden und gerechten Handlungsabsichten. Im Gegenteil, Menschen unterhalten häufig seltsame Ideen zur Struktur der Welt, überraschende Vorstellungen des Richtigen und Guten, und zum Teil selbsterstörerische Konzeptionen dessen, was menschliche Entfaltung bedeuten könnte. In einer solchen Welt ist eine Freiheit ohne ursprüngliche Kontrolle ihres inhaltlichen Gebrauchs ein

Ausdruck der existenziellen Geduld der Menschheit mit ihren eigenen Schwächen“ (Mahlmann 2014, S. 21; vgl. a. Nußberger 2014). Die Achtung der Würde des Menschen ist ein Wert, der nicht integrationsbezogen zu denken ist, er kommt allen Menschen jenseits aller sozialen Bindungen zu. Er ist daher auch nicht in Abhängigkeit von Kontexten abstufbar, mehr oder weniger gültig. Aus ihm kann allerdings kein Anspruch auf Solidarität, sondern nur auf Toleranz erwachsen.

Die Betonung und Wertschätzung von Diversität in den letzten Jahrzehnten, die durch Rechtsauslegungen gedeckt wird, steht in einem spannungsvollen Verhältnis zum Wert der Gerechtigkeit. Mit diesem Wertdilemma haben benachteiligte Gruppen bei ihrem Versuch, gleiche soziale Rechte zu erringen, zu kämpfen. Ethnische und Gender-Studien beziehen sich auf heterogene Wertaxiome. Eine Grundfrage und ein -problem stellt sich dabei: Lässt sich verhindern, dass aus Verschiedenartigkeit Verschiedenwertigkeit resultiert, dass die Wertschätzung von Diversität zu sozialer Ungleichheit führt? Die aus der Migrationsforschung hervorgegangene Assimilationstheorie verneint dies. Um Gleichheit und Gerechtigkeit zu realisieren, muss der Wert der Diversität geopfert werden. Diesen Wertkonflikt sehen Anhänger des Multikulturalismus nicht. Man könne die ethnische Minderheitskultur weitgehend beibehalten und dennoch ausgeglichene Lebensverhältnisse schaffen. Natürlich ist diese kontroverse Frage auch empirisch zu verfolgen und durch konkrete strukturelle Analysen zu klären. Hier geht es aber um die Wertebene. Axiologische Fragen sollten nicht mit strukturellen vermischt und verwechselt werden.

Auch bei der Geschlechterproblematik stellt sich dieses Wertdilemma. Der Wert der Gleichheit und Gerechtigkeit hat zwei Dimensionen: Verteilung und Anerkennung. Frauen sind etwa im Arbeitsmarkt ökonomisch schlechter gestellt. Abhilfestrategien zielen darauf, die soziale Bedeutung von Geschlecht als spezifische Kategorie zu negieren. Es geht um die Dekonstruktion und das Irrelevantwerden dieser Kategorie für institutionelle Partizipationen, das „undoing gender“. In die entgegengesetzte Richtung zielt die Anerkennungsstrategie, die nur mit der Betonung der Gruppenspezifität, des „doing gender“ möglich ist. „But the bivalent character of gender is the source of a dilemma. Insofar as women suffer at least two analytically distinct kinds of injustice, they necessarily require at least two analytically distinct kinds of remedy: both redistribution and recognition. The two remedies pull in opposite directions, however, and are not easily pursued simultaneously. Whereas the logic of redistribution is to put gender out

of business as such, the logic of recognition is to valorize gender specificity. Here, then, is the feminist version of the redistribution-recognition dilemma: How can feminists fight simultaneously to abolish gender differentiation and to valorize gender specificity?” (Fraser 2001, S. 289; vgl. a. van Dyk 2019). Dieses Verteilungs-Anerkennungsdilemma stellt sich auch für die ethnische Problematik. Mit der Parole „black lives matter“ verbinden sich zwei spannungsreiche Forderungen: Anerkennung einer besonderen Gruppe und zugleich die Erwartung, dass diese kategoriale Eigenschaft ihre Relevanz für soziale Partizipationen verlieren sollte.

Dieses Dilemma führt zu unterschiedlichen Strategien von benachteiligten Gruppen. Die Identitätspolitik der homosexuellen Bewegung zielt auf Betonung der vorhandenen Kategorien sexueller Differenzierung, Queer-Politik dagegen auf Dekategorisierung, Auflösung von Formen sexueller Differenzierung (Fraser 2001, S. 291). Die Frauenbewegung betreibt mit der Forderung nach einer gendergerechten Sprache eine forcierte Aufwertung für eine spezifische Gruppe. Es soll Bewusstsein und eine geschlechtsspezifische Identität geschaffen werden. Der Inklusionsdiskurs in Bezug auf behinderte Menschen mit seiner Forderung nach sprachlicher Dekategorisierung weist in die Gegenrichtung: Alle Worte und Begriffe, die Gruppengrenzen und -identitäten herausstellen, werden als diskriminierend erlebt. „Bereits die fachliche Benennung einer Behinderung wird als ein beschämender und kränkender Akt angesehen, der Kinder erniedrigt. Behinderung soll nur noch als Teil einer äußerst breit gestreuten menschlichen Vielfalt in Erscheinung treten, als eine unter diversen Heterogenitätsdimensionen, damit am Ende möglichst gar nicht mehr zwischen behinderten und nicht-behinderten Schülerinnen und Schülern unterschieden werden kann“ (Ahrbeck 2020, S. 306). Diese Sprach- und Begriffsverwischung ist auch in Bezug auf ethnische Minderheiten feststellbar, bei der zu unterlassenden Benennung ihrer Hautfarbe.

## **6 Solidarität, eine Ausnahmeerscheinung**

Ein Gespenst geht um, in Wissenschaft und in der medial vermittelten Öffentlichkeit: „Polarisierung“. Und es „hat viele Brüder und Schwestern: Spaltung, gesellschaftlicher Graben, Kulturkampf, Auseinanderdriften, Lagerbildung, Frontstellung, Riss, Bruchlinie“ (Mau 2022, S. 5; vgl. a. Kaube/Kieserling 2022). Dieses Krisengerede legt sich wie Mehltau auf alle Auseinandersetzungen: das angebliche Auseinanderdriften von Arm und Reich, die Klimaproblematik, Corona-

Maßnahmen, das Gendern und den Umgang mit dem Ukraine-Krieg. Wie verscheucht man dieses Gespenst? Indem man an die Standards wissenschaftlichen Arbeitens erinnert und sich daran hält. Eine Fülle von empirischen Arbeiten kann die Polarisierungsthese in ihren verschiedenen Varianten nicht bestätigen.<sup>12</sup> Natürlich gibt es Konflikte, aber sie gehorchen nicht der öffentlichkeitswirksam präsentierten Dramaturgie, und einstmals war auch nicht alles integriert und harmonisch, was als falsche Kulisse aufgezogen wird.

Den überall vermuteten „Spaltungen“ korrespondieren Appelle an „Solidarität und Zusammenhalt“. Die beiden Begriffe kommen als Tandem und haben aktuell Hochkonjunktur. Weder weist „die Gesellschaft“ dramatische Spaltungs- und Polarisierungstendenzen auf, noch ist „Solidarität“ ein Allheilmittel. Moderne Gesellschaften sind nicht primär auf Solidarität gründbar. Die Forderung weist auf institutionelle Defizite hin, die durch außergewöhnliche Motive und Einsatzbereitschaft kompensiert werden sollen. Solidarität ist eine knappe Ressource, die nur vorübergehend, in Ausnahmesituationen aktivierbar ist. Sie kann nicht dauerhaft institutionalisiert werden und sie kann nicht dauerhaft institutionelle Mängel kompensieren. „Das Verhältnis zu den meisten Mitmenschen ist eines unproblematischer Fremdheit, eines der Nichtbeachtung von und des routinieren Umgangs mit Unbekannten, eines von ‚Indifferenz und Minimalsympathie‘“ (Kaube/Kieserling 2022: 30).

Ferner gehorchen moderne Solidaritäten keiner gesellschaftlich durchgehenden und übergreifenden Logik. Die Solidarität mit den vor dem Ukraine-Krieg Geflüchteten wird durch die hohe Verbindlichkeit von Menschen- und Grundrechten getragen. Im Gegensatz zu Asylsuchenden aus anderen Ländern bekommen sie sofort Bürgergeld (soziale Rechte). Eine Einbürgerung (Staatsbürgerstatus) ist damit aber nicht verbunden. Je länger der Ukraine-Krieg andauern wird und je kostspieliger die Unterstützung wird, desto stärker greift dies in den Lebensstandard der Bevölkerung ein. Die Solidarität mit den Geflüchteten und die Lieferung von Waffen wird dann mit rasant gestiegenen Energiepreisen und mangelnden öffentlichen Geldern für marode Straßen und Schulgebäude in Beziehung gesetzt und die Bilanz wird nicht dauerhaft stabil bleiben. Die von dem verheerenden Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet im Februar 2023 Betroffenen dürfen für eine gewisse Zeit nach Deutschland ohne Asylverfahren einreisen, wenn ihre

---

<sup>12</sup> Näheres dazu: Schwinn 2023.

Angehörigen sie aufnehmen und für die Kosten aufkommen. Der Staat erweist sich „großzügig“, aber auf Kosten familialer Solidaritäten. Jener definiert verbindlich den Ernstfall verletzter Grund- und Menschenrechte und weist die Einlösung sozialer Rechte den Verwandtschaftskontexten zu, reduziert sie auf diese.

Auch in den Binnenbeziehungen gibt es keine durchgehende Solidarität. Das gilt nicht nur für das Verhältnis von Privilegierten und Unterprivilegierten, sondern auch für die Benachteiligten untereinander. Weder hat sich die Arbeiterbewegung für die Rechte Homosexueller stark gemacht, noch ist die Schwulenbewegung für die Stahl- und Kohlearbeiter auf die Straße gegangen. Die negative Situierung als farbiger, männlicher Migrant oder weißer, männlicher Arbeitsloser löst in der Regel keine Solidarität mit einer geschlechtsbezogenen Benachteiligungssituation aus – nicht einmal oder vielmehr gerade erst recht nicht mit der jeweils eigenen Frau, Mutter, Schwester oder Tochter. Und Feministinnen mit einem ausgeprägten Bewusstsein der Diskriminierung von Frauen sind deshalb nicht grundsätzlich erhaben über den Verdacht, ethnische Vorurteile oder Klassendünkel zu hegen (Schwinn 2019, S. 102ff.). All das bedroht nicht die soziale Ordnung. Solidarität ist nicht erforderlich für soziale Integration. Sie bleibt eine Ausnahmeerscheinung. Vielmehr kommt es darauf an, die einzelnen Probleme und Konflikte getrennt zu halten, ihnen je spezifische Austragungsforen und Institutionalisierungschancen einzuräumen. Darüber werden Integrationskonflikte fragmentiert, Konfliktakkumulation und weitreichende Cleavages verhindert. Sie werden institutionell handhabbar. Vielfältig gebrochene Konfliktfronten wirken integrativ, weil sie verhindern, dass eine dominant wird. Eine Solidarisierung aller unterprivilegierten sozialen Kategorien, so unwahrscheinlich sie ist, hätte ordnungssprengende, desintegrative Konsequenzen.

## Literatur

- Ahrbeck, Bernd. 2020. Bildungsgerecht? Herausforderungen und Grenzen schulischer Inklusion. *Forschung & Lehre* 27: 304-306.
- Allmendinger, Jutta und Jan Wetzel. 2020. *Die Vertrauensfrage. Für eine neue Politik des Zusammenhalts*. Berlin: Dudenverlag.
- Anhut, Reimund. 2002. Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, Hrsg. Thorsten Bonacker, 381–407. Opladen: Leske + Budrich.

- Bach, Maurizio. 2021. Nationalpopulismus und Faschismus im historischen Vergleich. Zur Aktualität von Max Webers Herrschaftssoziologie. *Berliner Journal für Soziologie* 31: 81–100.
- Bendix, Reinhard. 1964. *Nation-Building and Citizenship. Studies of our Changing Social Order*. New York: John Wiley & Sons.
- Brand, Thorsten, Robert Follmer und Kai Unzicker. 2020. *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Braun, Norman und Roger Berger. 2007. Sozialkapital und illegale Märkte. In *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Axel Franzen und Markus Freitag, 343–366. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brubaker, Rogers. 2005. Ethnicity without Groups. In *Remaking Modernity. Politics, History and Sociology*, Hrsg. Julia Adams, Elisabeth S. Clemens und Ann Shola Orloff, 470–492. Durham and London: Duke University Press.
- Bude, Heinz. 2014. *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Burzan, Nicole. 2021. Balanceakte zwischen Theorie und Empirie. Kommentar zur Debatte von Nils Kumkar/Uwe Schimank und Andreas Reckwitz. *Leviathan* 49: 157–163.
- De Wilde, Peter, Ruud Koopmann, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis und Micheal Zürn (Hrsg.). 2019. *The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deitelhoff, Nicole, Olaf Groh-Samberg, Matthias Middel und Cord Schmelzle. 2020. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Umriss eines Forschungsprogramms. In *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Hrsg. Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middel, 9–40. Frankfurt/New York: Campus.
- Diekmann, Andreas. 2007. Dimensionen des Sozialkapitals. In *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Axel Franzen und Markus Freitag, 47–65. Wiesbaden: VS Verlag.
- Eisenstadt, Shmuel N. und Stein Rokkan (Hrsg.). 1973. *Building States and Nations*. London: Sage.
- Eribon, Didier. 2016. *Rückkehr nach Reims*. 11. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Esser, Hartmut. 1999. Inklusion, Integration und ethnische Schichtung. *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 1: 5–34.
- Esser, Hartmut. 2009. Erwiderung: Die offene Gesellschaft und ihre (P)Fründe. In *Hartmut Essers Erklärende Soziologie. Kontroversen und Perspektiven*, Hrsg. Paul Hill,

- Frank Kalter, Johannes Kopp und Clemens Kroneberg, 349–383. Frankfurt/New York: Campus.
- Falter, Jürgen W. 2017. Wieviel NSDAP steckt in der AfD? In *FAZ.NET*, 18.06.2017.
- Fischer-Neumann, Marion. 2014. Immigrants' Ethnic Identification and Political Involvement in the Face of Discrimination: A Longitudinal Study of the German Case. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40: 339–362.
- Forst, Rainer. 2020. Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Hrsg. Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middel, 41–53. Frankfurt/New York: Campus.
- Franz, Gerhard. 1985. Zeitreihenanalysen zu Wirtschaftsentwicklung, Zufriedenheit und Regierungsvertrauen in der BRD. *Zeitschrift für Soziologie* 14: 64–88.
- Fraser, Nancy. 2001. From Redistribution to Recognition? Dilemmas of justice in a ‚postsocialist‘ age. In *The New Social Theory Reader. Contemporary Debates*, Hrsg. Steven Seidman und Jeffrey C. Alexander, 285–293. London/New York: Routledge.
- Gabriel, Karl. 1990. Die Erosion der Milieus. Das Ende von Arbeiterbewegung und politischem Katholizismus? In *Sozial- und Linkskatholizismus*, Hrsg. Heiner Ludwig und Wolfgang Schröder, 241–260. Frankfurt a. M.: Knecht.
- Gabriel, Oskar W. 1999. Integration durch Institutionenvertrauen? In *Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 199–235. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld, Zsófia S. Ignácz, Florian Kley und Maximilian Priem. 2020. *European Solidarity in Times of Crisis. Insights from a Thirteen-Country Survey*. London/New York: Routledge.
- Glatzer, Wolfgang. 1984. Zufriedenheitsunterschiede zwischen Lebensbereichen. In *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*, Hrsg. Wolfgang Glatzer und Wolfgang Zapf, 192–205. Frankfurt/New York: Campus.
- Gosewinkel, Dieter. 2016. *Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hartmann, Michael. 2020. Die Kosmopoliten als Profiteure des Nationalstaates und seiner Institutionen. Zu den ökonomischen Voraussetzungen kosmopolitischer Einstellungen. In *Leviathan* 48: 90–111.

- Heise, Thomas und Claas Meyer-Heuer. 2020. *Die Macht der Clans. Arabische Großfamilien und ihre kriminellen Imperien*. 6. Auflage. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Hitzler Ronald, Anne Honer und Michaela Pfadenhauer (Hrsg.). 2008. *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hochschild, Arlie Russel. 2016. *Strangers in Their Own Land. Anger and Mournings on the American Right*. New York: The New York Press.
- Höffe, Otfried. 2021. *Was hält die Gesellschaft noch zusammen?* Stuttgart: Kröner.
- Honneth, Axel. 2018. *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. 10. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Joppke, Christian. 1998. Immigration Challenges the Nation-State. In *Challenge to the Nation-State. Immigration in Western Europe and the United States*, Hrsg. Christian Joppke, 5–46. Oxford: Oxford University Press.
- Kaube, Jürgen und André Kieserling. 2022. *Die gespaltene Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt.
- Kielmansegg, Peter Graf. 1996. Integration und Demokratie. In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 47–71. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kielmansegg, Peter Graf. 2022. *Gemeinwohl und Weltverantwortung*. Stuttgart: Kröner.
- Konietzka, Dirk und Yevgeniy Martynovych. 2022. Die These der räumlichen Polarisierung in der „neuen Klassengesellschaft“. Ein empirischer Beitrag zur sozialen Spaltung von Stadt und Land. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 74: 169–202.
- Koopmans, Ruud und Michael Zürn. 2019. Cosmopolitanism and Communitarianism – How Globalization is Reshaping Politics in the Twenty-First Century. In *The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Hrsg. Peter de Wilde, Ruud Koopmann, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis und Micheal Zürn, 1–34. Cambridge University Press.
- Koppetsch, Cornelia. 2019. *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript.
- Kriesi, Hanspeter. 2007. Sozialkapital. Eine Einführung. In *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Axel Franzen und Markus Freitag, 23–46. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kumkar, Niels C. und Uwe Schimank. 2021. Drei-Klassen-Gesellschaft? Konfrontation? Eine Auseinandersetzung mit Andreas Reckwitz' Diagnose der „Spätmoderne“. *Leviathan* 49: 7–32.

- Leggewie, Claus. 1997. Ethnische Spannungen in demokratischen Gesellschaften. In *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 233–254. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer. 1976. Social Structure and Political Order. Some Comments on Structural Strains, Interest Formation, and the Mediation of Conflicts by Intermediary Groups. *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* 5: 350–358.
- Lepsius, M. Rainer. 1993. *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Levitsky, Steven and Daniel Ziblatt. 2018. *Wie Demokratien sterben*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lipset, Seymour M. und William Schneider. 1987. *The Confidence Gap: Business, Labor, and Government in the Public Mind*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Lübbe-Wolff, Gertrude. 2018. Die Zukunft der europäischen Verfassung. Fragen und Einwände zu Dieter Grimms Sicht auf Legitimation und Finalität der Europäischen Union. In *Verfassung: Geschichte, Gegenwart, Zukunft*, Hrsg. Ulrike Davy und Gertrude Lübbe-Wolff, 129–152. Baden-Baden: Nomos.
- Lübke, Christiane und Jan Delhey (Hrsg.). 2019. *Diagnose Angstgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Mahlmann, Matthias. 2014. Vielfalt der Religionen, Einheit der Gleichheit? In *Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Spannungen und ungelöste Konflikte*, Hrsg. Juliane Kokott und Ute Mager, 3–33. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Marshall, Thomas H. 1992. *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/New York: Campus.
- Mau, Steffen. 2021. Konturen einer neuen Klassengesellschaft? Einige Anmerkungen zur Konzeption der Mittelklasse bei Andreas Reckwitz. *Leviathan* 49: 164–173.
- Mau, Steffen. 2022. Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. *Merkur* 76: 5–18.
- Mau, Steffen und Claus Offe. 2020. Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? *Leviathan* 48: 358–380.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Fabian Gülzau. 2020. Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie* 30: 317–346.
- Merkel, Wolfgang und Michael Zürn. 2019. Conclusion: The Defects of Cosmopolitan and Communitarian Democracy. In *The Struggle over Borders. Cosmopolitanism*

- and Communitarianism*, Hrsg. Peter de Wilde, Ruud Koopmann, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis und Micheal Zürn, 207–237. Cambridge University Press.
- Mügge, Liza, Özgür Özvatan und Judith de Jong. 2021. Vielfalt und Repräsentation. Die Rolle der ethnischen Herkunft in der Politik. *WZB Mitteilungen* 173:6–8.
- Münkler, Herfried. 2004. Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität. In *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Hrsg. Jens Beckert, Julia Eckert, Martin Kohli und Wolfgang Streeck, 15–28. Frankfurt a. M.: Campus.
- Nachtwey, Oliver. 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Nauck, Bernhard. 2009. Sozialtheorie und Gesellschaftstheorie – ein problematisches Verhältnis. In *Hartmut Essers Erklärende Soziologie. Kontroversen und Perspektiven*, Hrsg. Paul Hill, Frank Kalter, Johannes Kopp und Clemens Kroneberg, 289–317. Frankfurt/New York: Campus.
- Naßberger, Angelika. 2014. Unauflösbare Wertungswidersprüche? In *Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Spannungen und ungelöste Konflikte*, Hrsg. Juliane Kokott und Ute Mager, 161–177. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Offe, Claus. 1972. *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus. 2004. Pflichten versus Kosten: Typen und Kontexte solidarischen Handelns. In *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Hrsg. Jens Beckert, Julia Eckert, Martin Kohli und Wolfgang Streeck, 35–50. Frankfurt a. M.: Campus.
- Offe, Claus. 2023. Das Gemeinwohl „auf der Kippe“? Anmerkungen zu Christian Blum. *Leviathan* 51: 30–38.
- Pollack, Detlef, Olaf Müller, Gergely Rosta und Anna Dieler. 2016. *Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland*. Münster: Exzellenzcluster Religion und Politik.
- Portes, Alejandro und Erik Vickstrom. 2011. Diversity, Social Capital and Cohesion. *Annual Review of Sociology* 37: 461–479.
- Reckwitz, Andreas. 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas. 2020. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried. 2001. *Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Röder, Antje und Peter Mühlau. 2012. Low Expectations or Different Evaluations. What Explains Immigrants’ High Levels of Trust in Host-Country Institutions? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 38: 777–792.

- Rössel, Jörg. 2009. *Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rössel, Jörg, Audrey Djouadi und Alexander Seifert. 2021. Wer fühlt sich exkludiert? Zur zeitdiagnostischen Verwendung des Konzepts der sozialen Exklusion. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 73: 361–388.
- Runciman, David. 2020. *So endet die Demokratie*. Frankfurt/New York: Campus.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Scharpf, Fritz W. 2009. Legitimacy in the multilevel European polity. *European Political Science Review* 1: 173–204.
- Schneickert, Christian, Jan Delhey und Leonie C. Steckermeier. 2019. Eine Krise der Anerkennung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Alltagserfahrungen der Wert- und Geringschätzung in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 71: 593–622.
- Schwinn, Thomas. 2019. *Soziale Ungleichheit in differenzierten Ordnungen. Zur Wechselwirkung zweier Strukturprinzipien*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schwinn, Thomas. 2023. Social Integration: Levels and Dimensions. In *Social Integration*, Hrsg. Daniela Grunow, Patrick Sachweh, Uwe Schimank und Richard Traummüller (BMBF Forschungsinstitut für gesellschaftlichen Zusammenhalt). Wiesbaden: Springer [im Erscheinen].
- Skocpol, Theda, Marshall Ganz und Ziad Munso. 2000. A Nation of Organizers: The Institutional Origins of Civic Voluntarism in the United States. *American Political Science Review* 94: 527–546.
- Soysal, Yasemin N. 1994. *Limits of Citizenship: Migrant and Postnational Membership in Europe*. Chicago: University Press.
- Spies, Dennis C., Sabrina J. Mayer und Achim Goerres. 2019. What are we missing? Explaining immigrant-origin voter turnout with standard and immigrant-specific theories. *Electoral Studies* 65. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102103>.
- Streeck, Wolfgang. 1994. Einleitung des Herausgebers. Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten? In *Staat und Verbände*, Hrsg. Wolfgang Streeck, 7–36. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Streeck, Wolfgang. 2021. *Zwischen Globalismus und Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Tenfelde, Klaus. 1996. Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz. In *Nation und Gesellschaft in Deutschland*, Hrsg. Manfred Hettling und Paul Nolte, 247–268. München: Beck.
- van Dyk, Silke. 2019. Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (9-11): 25–32.

- Vogel, Berthold. 2018. Die soziale Mitte und ihr Staat. Eine soziologische Skizze. In *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Hrsg. Nadine M. Schöneck und Sabine Ritter, 39–49. Bielefeld: transcript.
- Weber, Max. 1980. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Wirsching, Andreas. 2017. Warum Berlin weit davon entfernt ist, Weimar zu sein. In *FAZ.NET*, 17.09.2017.

## Über den Autor

**Thomas Schwinn** ist seit 2008 Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Grundlagenprobleme, Differenzierungstheorien, Theorien sozialer Ungleichheit, Religionssoziologie, Max Weber. Aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen hier eine kleine Auswahl neuerer Publikationen: Soziale Ungleichheit in differenzierten Ordnungen, 2019; Achsenzeit, Investurstreit, Reformation. Eine Religionsgeschichte der Moderne, in: Matthias Pohlig/Detlef Pollack (Hg.): *Die Verwandlung des Heiligen: Die Geburt der Moderne aus dem Geist der Religion*, 2020; *Theorie als Beruf*, 2021; *Max Weber revisited: Zur Aktualität eines Klassikers*, 2022.

Seit 2010 ist er Mitherausgeber der ältesten und wichtigsten deutschsprachigen soziologischen Zeitschrift: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Seit 2014 Ordentliches Mitglied der *Heidelberger Akademie der Wissenschaften*.

### Korrespondenzadresse:

Prof. Dr. Thomas Schwinn

Universität Heidelberg

Max-Weber-Institut für Soziologie

Bergheimerstr. 58

69115 Heidelberg, Germany

E-Mail: [thomas.schwinn@mwi.uni-heidelberg.de](mailto:thomas.schwinn@mwi.uni-heidelberg.de)

Homepage: <https://www.soz.uni-heidelberg.de/prof-dr-thomas-schwinn/>